

Wenn wir streiken, steht die Welt still

Der 8. März ist der Internationale Frauenkampftag. Seine Bedeutung liegt in einem Protest von Textilarbeiterinnen in New York am 8. März 1857 gegen die 12-Stunden-Tage, Lohnungleichheit und miserable Arbeitsbedingungen. Seitdem ist der Streik zum Mittel des Frauenkampfs geworden. In Deutschland fand zuletzt 1994 ein Frauenstreik statt. Am 8. März 2018 haben im Spanischen Staat sechs Millionen Frauen gestreikt sowie Zehntausende weitere in 30 anderen Ländern. An diese Tradition wollen wir anknüpfen. **Diese Frauen sind uns ein Vorbild im weiteren Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung.**

Es wird oft angenommen, dass Frauen in Deutschland gleichberechtigt seien. **Doch formelle Gleichheit vor dem Gesetz bedeutet nicht Gleichheit im Leben.**

Die Unterdrückung von Frauen ist kein Einzelfall, sondern weltweit gesellschaftlich strukturiert. Es herrscht eine soziale, institutionelle und arbeitsbezogene FLINTA*-Feindlichkeit, d.h. die Abwertung von Frauen, Lesben, Inter-, Nicht-binären, Trans- und Agender Personen. Wir verurteilen die Unterdrückung aufgrund unserer sexuellen Orientierungen und Identitäten. **Wir sind Frauen und wir sind vielfältig!**

Deshalb müssen wir uns international wieder zusammenschließen und diese Strukturen gemeinsam bekämpfen. Am **8. März**, am Internationalen Frauenkampftag, gehen wir weltweit auf die Straße, sind im Streik und nehmen an Aktionen teil. Unser gemeinsames Motto ist der **#InternationalWomensStrike**.

LOHNARBEIT

Wir haben einen doppelten (oder dreifachen) Arbeitstag - in unseren Jobs und Zuhause. Wir erleben auch mehr Belästigung in der Arbeit als Männer, wir treffen auf Gläserne Decken, die unsere Arbeitsentwicklung blockieren.

Wir kämpfen dafür, dass die Gehaltsunterschiede verschwinden. Wir kämpfen dafür, dass unsere Arbeitsplätze respektiert, angemessen aufgewertet und anerkannt werden.

Wir verurteilen:

- Frauen verdienen in Deutschland durchschnittlich 22% weniger als Männer
- die Zunahme unsicherer Arbeits- und Lebensverhältnissen durch Niedriglohn- und Leiharbeit, Befristungen und Teilzeitjobs, betrifft vor allem Frauen
- Altersarmut ist weiblich. Etwa 8,6 Millionen Rentner*innen erhielten Ende 2016 eine Altersrente < 800 € brutto monatlich - davon sind 64% Frauen
- Stark stereotypisierter Arbeitsmarkt: knapp die Hälfte aller Männer und Frauen arbeiten in Berufen, die zu mind. 80% vom eigenen Geschlecht dominiert werden, sogenannte Frauenberufe werden dabei viel schlechter bezahlt

- Frauen, besonders Alleinerziehende (41%), müssen ihr Einkommen häufiger mit Hartz IV aufstocken als Männer

Wir fordern:

- Gleichen Lohn für gleiche Arbeit, Lohnerhöhungen und gleichmäßige Einstellung, d.h. die Durchsetzung des Gleichbehandlungsgrundsatzes bei der Arbeitssuche
- Kostenfreie Kinderbetreuung rund um die Uhr für alle und gerechte Arbeitsbedingungen für Erzieher*innen, Lehrkräfte und Pflegepersonal
- Existenzsichernde Renten, die das Abrutschen in die Altersarmut verhindern und Berücksichtigung von nicht bezahlter Arbeit (Kindererziehung, Pflege...)
- Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich: die 30-h-Woche, sowie Rücknahme der frauenfeindlichen Agendapolitik (Agenda 2010)
- Die Abschaffung von Ehegattensplitting und die finanziellen Benachteiligung von Alleinerziehenden
- Anonymisierte Bewerbungen in Deutschland

SCHULE, AUSBILDUNG UND STUDIUM

Unsere Bildung fokussiert sich auf viele patriarchale Inhalte. Unsere Geschichtsschreibung basiert auf der Verherrlichung der patriarchalen Leitkultur und die rassistischen Verbrechen der deutschen Kolonialherrschaft werden kaum aufgearbeitet. Frauen wurde lange der Zugang zu Bildung verwehrt und die Beiträge von Frauen werden systematisch unsichtbar gemacht.

Die Sexualerziehung berücksichtigt kaum die Bedürfnisse von Frauen und das Erlernen eines gesunden Umganges mit dem eigenen Körper. Wir wollen, dass ein Bewusstsein geschaffen wird, durch das wir unsere Vielfalt anerkennen, ohne Ängste, ohne Tabus, ohne Komplexe und vor allem wollen wir nicht auf Objekte reduziert werden.

Wir verurteilen:

- Mangelhafte Aufklärung über freie und respektvolle Sexualität: In Familien und Schule wird keine sexuelle Selbstbestimmung für Frauen gelehrt und die Verantwortung für Schwangerschaften wird überwiegend Frauen übertragen. Es findet keine grundlegende Aufklärung über und kein kostenloser Zugang zu Verhütungsmitteln statt, die keine Nebenwirkungen für den weiblichen Körper haben
- die Gender-Trennung in verschiedenen Bildungsphasen und Fächern
- der Mangel an Professorinnen in den Universitäten (nur 27 % in Deutschland) und an Lehrer*innen und Erzieher*innen in Kindergärten und Grundschulen
- stark stereotypisierte Studiengänge: MINT Fächer werden immer noch fast nur von Männer ausgewählt

Wir fordern:

- Ein Mitbestimmungsrecht über Lehrinhalte in Kommissionen und Versammlungen, sowie Kontrolle der Umsetzung durch Schüler*innen und Studierende

- den Einsatz einer gendersensiblen Sprache in Schule, Ausbildung und Studium
- die Umsetzung des Lehrplans mit den Richtlinien zu Sexualität und sexualisierter Gewalt, sowie eine ganzheitliche Bildung, mit feministischen Inhalten und Perspektiven in allen Disziplinen und Bereichen
- Keine Trennung der Geschlechter im Fach Sport und keinen diskriminierenden Religionsunterricht, das bedeutet Ethikunterricht für alle
- Keine Kleidervorschriften für Schüler*innen
- Frauenquoten in Bildungsberufen und Lehrstühlen

CARE, HEALTH, ZUHAUSE

Unsere reproduktive Arbeit bleibt unsichtbar. Wir sind diejenigen, die sich ständig um unsere Familien, Partner*innen, Kolleg*innen, Freund*innen und alle anderen um uns herum kümmern. Die Pflege von Familienmitgliedern, von Freundschaften oder Kolleginnen ist keine Frauenaufgabe, sondern sie wird zur Frauenaufgabe gemacht. Das System würde ohne unsere tägliche Arbeit zusammenbrechen.

Wir verurteilen:

- Frauen übernehmen immer noch den Großteil unbezahlter Haus-, Pflege- und Erziehungsarbeit
- Psychische, körperliche und sexualisierte Gewalt gegen Frauen ist in allen Bereichen Alltag: 147 Frauenmorde (2017) durch einen aktuellen oder ehemaligen Partner, sowie weitaus mehr versuchte Morde. Jedes vierte bis fünfte Mädchen bis 16 Jahren erlebt sexuellen Missbrauch. Sexuelle Gewalt an Frauen mit Behinderung ist noch 3-5 Mal höher
- Abtreibung ist nach Gesetzeslage immer noch verboten. Gynäkolog*innen, die über Abtreibungen aufklären, werden rechtlich verfolgt
- die androzentristische Forschung: die gesundheitliche, technische und wissenschaftliche Forschung orientiert sich an männlichen Körpern

Wir fordern:

- Vergesellschaftung der Care-, Pflege- und Hausarbeit
- den staatlich finanzierten Ausbau von Unterstützungsnetzwerken für Mädchen und Frauen, die sexualisierte Gewalt erlebt haben (Beratungsstellen, Zufluchtsorte), sowie ihr Recht auf bezahlte Abwesenheit vom Arbeitsplatz in Höhe des vorherigen Lohnes/ Arbeitslosengeld - Schluss mit Gewalt gegen Frauen! Ni una menos!
- Entkriminalisierung von Abtreibung: die Abschaffung der Abtreibungsparagrafen §218 und §219a StGB und die Garantie auf legale, sichere und kostenlose Abtreibung für alle
- Einführung von Qualitätssicherung, die eine geschlechtergerechte Gesundheitsforschung fordern (z.B. Medikamente, die bei unterschiedlicher Hormonzusammensetzung anders wirken)
- kein Verhütungszwang bei Frauen mit Behinderung

PRODUKTION

Die Produktion aller unserer Nahrungsmittel und Produkte basiert auf der internationalen Ausbeutung von Arbeiter*innen - vorrangig Frauen - sowie der Zerstörung der Erde. Das funktioniert nur durch die Unterwerfung anderer Länder durch Industriestaaten und Großkonzerne. Sowohl die Erde als auch der weibliche Körper werden als Ware gesehen. Die Schönheitsindustrie ist ein riesiger Markt, der von der Ausbeutung und Objektivierung von Frauen lebt.

Wir verurteilen:

- Frauen- und Mädchen-Körper werden hypersexualisiert und als Blickfang ohne Produktbezug benutzt
- Produkte werden nach Gender getrennt, auch wenn das Geschlecht keine Rolle bei dem Konsum dieser Produkte spielt
- das Profit-Machen mit Prostitution und dadurch eine weitere Ausdehnung der Menschenhandel Netzwerke
- Raubbau an der Umwelt durch unkontrollierte Überproduktion; die Verantwortung für den Kauf besserer Produkte wird auf die Verbraucher*innen geschoben

Wir fordern:

- Staatliche Verantwortungsübernahme zur Verbesserung von Arbeitsbedingungen statt neoliberaler Individuallösungen
- Extra Leistungen für Hygieneprodukte und Verhütungsmittel für Frauen, die Sozialleistungen empfangen (Hartz IV, Asylbewerberleistungsgesetz, ...)
- Ein allgemeines konsequentes Verbot sexistischer Werbung

INTERNATIONAL

Unser Streik und Kampf ist international und muss antirassistisch sein. Wir lassen uns nicht spalten, denn der Sieg über den patriarchalen Kapitalismus kann nur weltweit erfolgen. Unsere Geschwister werden aufgrund der Waffenexporte, Kriege und die Verschuldung ihrer Länder durch Imperialismus zur Flucht und Elend verurteilt. Die Zerstörung der Infrastrukturen und Abbau der Sozialleistungen bedeuten mehr unbezahlte Reproduktionsarbeit von Frauen. Zwangsheiraten und Genitalbeschneidung von Mädchen in abhängigen Ländern, ist mit finanziellen Gründen und systematischem Zurückhalten dieser Länder verbunden. Wenn Frauen sich selbst organisieren und den diktatorischen Regimen Widerstand leisten, werden ihre Organisationen hier kriminalisiert oder sie werden nach ihrer Flucht in Lagern eingesperrt.

Wir verurteilen:

- Kriminalisierung der kurdischen Frauenorganisation YPJ und Repression gegen Aktivist*innen
- viele Menschen, darunter Millionen von Frauen, weiterhin nicht wahlberechtigt, z.B. Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft
- Migrantische und nicht-weiße Frauen werden auf dem Arbeitsmarkt diskriminiert
- Geflüchtete, insbesondere Frauen, sind in Lagern unwürdigen Bedingungen ausgesetzt (Unterbringung in Massenunterkünften ohne Privatsphäre, kein Schutz vor Übergriffen,

Isolation, schlechte Gesundheitsversorgung); ihre rechtliche und gesellschaftliche Stellung ist unwürdig (Abschiebung, kein Familiennachzug, keine Arbeitserlaubnis)

- Körperliche Misshandlungen wie genitale Beschneidung und “Brustbügeln” und Zwangsehen sind ein internationales Problem - auch in Deutschland!

Wir fordern:

- Abschiebestopp und die Abschaffung des Lagersystems
- das Ende der deutschen Rüstungsexporte
- Zugang zu Bildung, Recht auf Arbeit und Wahlrecht für alle, unabhängig von Staatsbürgerschaft und Status
- Entkriminalisierung von YPG und YPJ
- Qualifizierung und Sensibilisierung von Fachpersonal zu den Themen Genitalbeschneidung und Zwangsehe